

HESSEN



Regulierungskammer Hessen

Beschluss

zur

**Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze
aufgrund eines Härtefallantrages nach
§ 34a Anreizregulierungsverordnung
(GAS)**

Inhalt

B E S C H L U S S	3
I. Sachverhalt	5
1. Inhalt des Antrages	5
2. Anhörung	5
II. Rechtliche Würdigung	6
1. Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18	6
2. Zuständigkeit	11
3. Ermächtigungsgrundlage	11
4. Anspruch auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen	11
4.1 Frist- und formgerechte Antragstellung	12
4.1.1 Antragsberechtigung	12
4.1.2 Antragszeitpunkt	12
4.1.3 Antragsform	12
4.1.4 Antragszeitraum	12
4.1.5 Antragsgegenstand	12
4.2 Materielle Voraussetzungen	13
4.2.1 Anspruch auf Anpassung	13
4.2.2 Berücksichtigungsfähige Investitionen	13
4.2.3 Berücksichtigungsfähiges Bruttosachanlagevermögen	13
5. Höhe der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze	14
III. Entscheidung über die Kosten	14
Rechtsmittelbelehrung	15

1. Dem Antrag auf Anpassung der jeweiligen kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die Jahre 2023 bis 2027 wird gemäß Anlage 2 stattgegeben.
2. Die Höhe des jeweiligen Kapitalkostenabzugs findet Berücksichtigung im Beschluss zu den kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der vierten Regulierungsperiode Gas für die Jahre 2023 bis 2027.
3. Die Entscheidung über die Kosten ergeht durch einen gesonderten Beschluss.

I. Sachverhalt

1. Inhalt des Antrages

Die Antragstellerin hat

- mit Schreiben vom 01.06.2022, eingegangen bei der RegKH am 01.06.2022 einen Antrag auf Anpassung der festzulegenden kalenderjährlichen Erlösobergrenze ab dem 01.01.2023 für die vierte Regulierungsperiode Gas (2023-2027) gestellt. Mit Schreiben vom 20.01.2023 und 16.11.2022 hat die Antragstellerin weitere Erläuterungen zu dem vorgelegten Antrag eingereicht.

Die Antragstellerin hat den Erhebungsbogen zu dem Antrag elektronisch an die RegKH übermittelt. Dieser liegt, unter Berücksichtigung des im nachfolgenden Abschnitt 2. dargelegten Prüfungsvorgehens, der Entscheidung der RegKH zugrunde.

2. Anhörung

Die RegKH hat der Antragstellerin am 25.01.2023 den Beschlussentwurf zur Anhörung übermittelt und ihr bis zum 08.02.2023 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Antragstellerin teilte mit Schreiben vom 08.02.2023 mit, keine Einwände oder Anmerkungen zum Beschlussentwurf zu haben.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

II. Rechtliche Würdigung

Die Entscheidung über den Antrag der Antragstellerin auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze der Jahre 2023 bis 2027 für die vierte Regulierungsperiode aufgrund einer nachgewiesenen besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostenabzug ergeht auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 34a ARegV. Dem Antrag war im tenorierten Umfang stattzugeben.

Der Beschluss ist rechtmäßig. Er beruht auf einer rechtmäßigen Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18 (siehe unten 1.). Eine Rechtsgrundlage für den Beschluss liegt vor und der Beschluss ist formell und materiell rechtmäßig (siehe nachfolgende Abschnitte 2. bis 6.)

1. Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18

Die RegKH hat in rechtmäßiger Weise die Vorgaben des nationalen Rechts in Form der normativen Regulierung, soweit diese im vorliegenden Verfahren Anwendung finden und von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (Urteil vom 02.09.2021, C-718/18) erfasst werden, für ihre Entscheidung herangezogen. Als „normative Regulierung“ werden im Allgemeinen solche Regeln des nationalen Gesetz- und Verordnungsgebers (z. B. Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (StromNEV), Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (GasNEV) und ARegV) bezeichnet, die konkrete methodische und materielle Vorgaben für die Regulierung durch die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden enthalten. Die Pflicht zur Anwendung dieser nationalen Vorgaben folgt aus Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) und gilt auch angesichts der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs fort, bis sie vom Gesetz- bzw. Verordnungsgeber außer Kraft gesetzt oder neu geregelt werden. Dies hat der Bundesgerichtshof bereits entschieden (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 60 ff., siehe auch OLG Düsseldorf vom 11.02.2021, VI-5 Kart 10/19 [V], S. 10 ff., OLG Düsseldorf vom 28.04.2021, VI-3 Kart 798/19 [V], S. 72 ff., OLG Schleswig vom 11.01.2021, 53 Kart 1/18, S. 27 ff.).

(1) Der Europäische Gerichtshof hat zwar in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (NRB) unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen

ausschließlichen Zuständigkeiten der NRB verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der NRB zugewiesen habe.

(2) Der Europäische Gerichtshof hat weder über die Zuständigkeitsfragen hinausgehend einen materiell-rechtlichen Verstoß einzelner Vorgaben der normativen Regulierung gegen EU-Recht gerügt noch hat er sich ausdrücklich zu der Frage geäußert, ob die normative Regulierung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der nationale Gesetz- und Ordnungsgeber den festgestellten Verstoß beseitigt, weiter anwendbar ist. Der Europäische Gerichtshof hat sich insbesondere auch nicht explizit zu der Frage geäußert, ob die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit unmittelbar anwendbar sind.

(3) Die Regelungen der normativen Regulierung sind nicht nichtig. Weder nach den Grundsätzen des europäischen Rechts noch nach nationalem Recht führt der Verstoß einer nationalen Regelung gegen Unionsrecht zu deren Nichtigkeit (BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 61 ff.). Vielmehr sind die Grundsätze des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts vor nationalem Recht zu beachten.

Zudem scheidet eine richtlinienkonforme Auslegung der Vorschriften der normativen Regulierung aus. Der Europäische Gerichtshof sieht zwar sowohl in der an die Bundesregierung nach § 24 EnWG erfolgten Zuweisung von Zuständigkeiten als auch in den bindenden Vorgaben der normativen Regulierung eine mit den oben genannten Richtlinien unvereinbare Beschränkung der ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (EuGH a.a.O., Rz. 101 f., 115 f.).

Eine Umdeutung der nationalen Vorgaben in nicht bindende Programmsätze, die die ausschließliche Zuständigkeit der Regulierungsbehörde nicht beeinträchtigen, kommt angesichts des eindeutigen Wortlauts, der Systematik und des Regelungszwecks der Vorschriften der normativen Regulierung nicht in Betracht (Verbot der contra legem-Auslegung, BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 66 ff.). Der Grundsatz vom Anwendungsvorrang des Unionsrechts führt indes nicht dazu, die Vorschriften der normativen Regulierung unangewendet zu lassen. Der Anwendungsvorrang besagt, dass eine nationale Regelung, die mit einer unmittelbar geltenden Regelung des Unionsrechts unvereinbar ist, von nationalen Behörden und Gerichten nicht angewendet werden darf (vgl. Streinz, EUV, 3. Aufl. 2018, Art. 4 Rn. 40; Ruffert, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEU, 5. Aufl. 2016, Art. 288 AEUV, Rn. 69 f.).

Dieser Grundsatz gilt jedoch nur, soweit unmittelbar anwendbares Unionsrecht betroffen ist (EuGH, Urteil vom 24.06.2019, C-573/17, Rn. 62). Die normative Regulierung verstößt nicht gegen unmittelbar anwendbares Unionsrecht. Die hier maßgeblichen Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, mit denen die Vorgaben der normativen Regulierung unvereinbar sind, sind nicht unmittelbar anwendbar.

(4) Damit eine Richtlinienbestimmung unmittelbar angewendet werden kann, müssen spezifische Voraussetzungen vorliegen (Grabitz/Hilf/Nettesheim, AEUV, 71. EL August 2020, Art. 288 Rn. 149). Der Europäische Gerichtshof geht von der unmittelbaren Anwendbarkeit einer nicht oder nicht ordnungsgemäß umgesetzten Richtlinienbestimmung nach Ablauf der Umsetzungsfrist aus, wenn die Bestimmung hinreichend genau und inhaltlich unbedingt ist. Zudem können die Bestimmungen einer Richtlinie grundsätzlich nur Rechte, aber keine Pflichten eines Einzelnen begründen (sog. Belastungsverbot). Insofern kommt auch eine objektive unmittelbare Wirkung vorliegend nicht in Betracht. Im Einzelnen:

Die Richtlinienvorgaben sind nicht unbedingt. Eine Unionsvorschrift ist inhaltlich unbedingt, wenn sie eine Verpflichtung normiert, die an keine Bedingung geknüpft ist und zu ihrer Durchführung oder Wirksamkeit auch keiner weiteren Maßnahmen der Unionsorgane oder der Mitgliedstaaten bedarf. Die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit sind nicht als inhaltlich unbedingt anzusehen.

Gegenwärtig fehlt es an den erforderlichen und zureichenden Umsetzungsnormen im nationalen Recht. Das betrifft sowohl die konkrete umfassende Aufgabenzuweisung als auch die für einen Eingriff erforderliche Ermächtigungsgrundlage. Die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden haben nach nationalem Recht gegenwärtig (nur) die Befugnis, die Vorgaben der normativen Regulierung anzuwenden und ggf. unter Rückgriff auf § 29 EnWG je nach Festlegungsermächtigung weiter auszugestalten und zu konkretisieren. Sie haben aber mangels entsprechender Aufgabenzuweisung durch den Gesetzgeber nicht die übergeordnete, allgemeine und uneingeschränkte Befugnis, die ihnen nach den Richtlinien vorbehaltenen Aufgaben vollumfänglich und selbständig auszuüben (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 105) beispielsweise also die Methoden oder Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang frei festzulegen oder zu genehmigen (vgl. nur § 24 S. 1 Nr. 1 EnWG). Dass es hierzu einer umfassenden mitgliedstaatlichen Aufgabenzuweisung bedarf, entspricht im Übrigen auch dem europäischen Leitbild, wonach die Mitgliedstaaten zur Einrichtung von Regulierungsbehörden mit spezifischen Zuständigkeiten verpflichtet sind (vgl. Erwägungsgrund 33 der Richtlinie 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 29 der Richtlinie 2009/73/EG). Die Mitgliedstaaten verfü-

gen bei der Organisation und Strukturierung der Regulierungsbehörde zwar über eine Autonomie, haben diese aber unter vollständiger Beachtung der in den Richtlinien festgelegten Ziele und Pflichten auszuüben und insoweit sicherzustellen, dass die Regulierungsbehörde bei der Ausübung der ihr vorbehaltenen Zuständigkeiten ihre Entscheidungen autonom treffen kann (vgl. EuGH, a.a.O., Rz. 119). Dieser Befund wird auch durch das in der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs mündende Vertragsverletzungsverfahren bestätigt: Gegenstand der Rüge durch die Europäische Kommission war nicht die fehlerhafte Ausübung einer nach nationalem Recht bereits ordnungsgemäß zugewiesenen ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde, sondern der Umstand, dass eine den Richtlinien entsprechende umfassende Aufgabenzuweisung an die nationale Regulierungsbehörde im nationalen Recht bislang nicht erfolgt ist (vgl. EuGH a.a.O., Rz. 88). Vielmehr liegt hier eine fehlerhafte Aufgabenzuweisung vor (EuGH, a.a.O., Rz. 130); diese kann und muss durch den Mitgliedstaat korrigiert werden, der dann die noch möglichen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten vorsehen kann (EuGH a.a.O., Rz. 126, 127).

Mit der unmittelbaren Anwendung der Richtlinien wären Belastungen Einzelner verbunden, sodass eine solche ausscheidet. Zwar ist die Einräumung subjektiver Rechte keine Voraussetzung für eine unmittelbare Anwendbarkeit (woran es vorliegend wegen des Verstoßes gegen objektiv geprägte Zuständigkeitsnormen auch fehlen würde), allerdings gilt das Belastungsverbot. Wenn der Bundesnetzagentur oder die Landesregulierungsbehörden aus einer unmittelbaren Anwendung der Richtlinie weitergehende oder jedenfalls anders ausgestaltete Kompetenzen zukämen, könnte sich dies je nach Einzelfall zugunsten, aber auch zu Lasten bestimmter Beteiligter auswirken. Daraus wiederum könnten sich Belastungen ergeben, die nach Auffassung des Bundesgerichtshofs nur durch das europäische Primärrecht oder durch EU-Verordnungen begründet werden können, nicht aber durch Richtlinien (vgl. BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 73).

Eine Belastung würde sich zudem bereits aus dem Heranziehen der Richtlinien als Ermächtigungsgrundlage ergeben. Dies wäre europarechtlich unzulässig. Sofern die Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit als inhaltlich unbedingt anzusehen wären, müssten sie von der Bundesnetzagentur oder den Landesregulierungsbehörden unmittelbar als Ermächtigungsgrundlage auch für belastende Regulierungsentscheidungen herangezogen werden. Anders als in den vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fällen, in denen er eine unmittelbare Belastung durch Richtlinienrecht verneinte, weil die Belastung erst durch ein Verwaltungsverfahren auf Basis nationalen Rechts eintrat, würden vorliegend die Richtlinienbestimmungen als solche unmittelbar gegenüber den Betroffenen herangezogen werden und

als materiell-rechtliche Befugnisnormen für belastende Verwaltungsverfahren und Regulierungsentscheidungen fungieren. Soweit ersichtlich existiert bislang keine hier einschlägige Judikatur, in der der Europäische Gerichtshof es für europarechtskonform eingestuft hätte, dass eine Richtlinienbestimmung als eigenständige Ermächtigungsgrundlage für Eingriffe in Rechte des Einzelnen herangezogen werden darf.

Eine ausnahmsweise objektive unmittelbare Wirkung der Richtlinienbestimmungen bezogen auf die ausschließliche Zuständigkeit scheidet ebenfalls aus. Der Europäische Gerichtshof hat eine objektive unmittelbare Wirkung von Richtlinienbestimmungen anerkannt, aus denen sich für staatliche Stellen eindeutige Pflichten ergeben. Konkret ging es beispielsweise um die nicht rechtzeitig in nationales Recht umgesetzte Pflicht der zuständigen Behörde zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für die Errichtung eines Wärmekraftwerks (EuGH, Urteil vom 11.08.1995, C-431/92 – Wärmekraftwerk Großkrotzenburg).

Zwar mag sich vorliegend aus den Richtlinienbestimmungen über die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde die Verpflichtung ergeben, von dieser Zuständigkeit auch Gebrauch zu machen, um den Zielsetzungen der Richtlinien hinreichend Rechnung tragen zu können. Anders als im Fall des Wärmekraftwerks Großkrotzenburg ist diese Verpflichtung vorliegend jedoch nicht inhaltlich unbedingt. Im vom Europäischen Gerichtshof entschiedenen Fall konnte die zuständige Behörde der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ohne Weiteres nachkommen, weil diese als unselbstständiger Bestandteil des nach nationalem Recht vorgesehenen und ihr bereits zugewiesenen Genehmigungsverfahrens durchzuführen war. Demgegenüber kann die Bundesnetzagentur die ihr nach den Richtlinienbestimmungen zugewiesene ausschließliche Zuständigkeit erst ausüben, wenn ihr entsprechende Befugnisse nach nationalem Recht eingeräumt werden (siehe oben).

(5) Ungeachtet der Tatsache, dass die Richtlinienbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar sind, sprechen aus Sicht der RegKH weitere erhebliche Gründe dafür, die Vorgaben der normativen Regulierung in der Übergangszeit zur Anwendung zu bringen. Die Nichtanwendung der normativen Regulierung in der Übergangszeit würde zu einem Zustand führen, der mit den Zielsetzungen der genannten Richtlinien erst recht unvereinbar wäre (so auch BGH, Beschluss vom 08.10.2019, EnVR 58/18, Rn. 76).

Die Richtlinien verlangen, dass zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen u. a. für den Netzanschluss und den Netzzugang „mit ausreichendem Vorlauf

vor deren Inkrafttreten“ festgelegt oder genehmigt werden, vgl. Art. 41 Abs. 6 der Richtlinie 2009/73/EG und Art. 59 Abs. 7 der Richtlinie (EU) 2019/944. Diesem Gebot der ex ante-Regulierung wird in Deutschland gegenwärtig zu einem großen Teil über die Vorgaben der normativen Regulierung Rechnung getragen. Die normative Regulierung strukturiert die Methoden für die Berechnung der Tarife vor und legt ex ante die wesentlichen Bedingungen für den Netzanschluss und den Netzzugang fest. Sie regelt unmittelbar Rechte und Pflichten für Netzbetreiber und andere Marktakteure und schafft auf diese Weise den von den Richtlinien geforderten transparenten und vorhersehbaren, verlässlichen Regulierungsrahmen. Bestehende Festlegungen und Genehmigungen der RegKH, die sie im Rahmen ihrer bisherigen Zuständigkeiten erlassen hat, tragen zwar ebenfalls zu der erforderlichen ex ante-Regulierung bei, dies jedoch nur in Teilbereichen und in Ergänzung der normativen Regulierung und damit nicht in dem von der Richtlinie geforderten Umfang.

Ein faktisches Außerkrafttreten der Vorgaben der normativen Regulierung würde daher zu beträchtlichen Regelungslücken und damit einhergehend erheblichen Rechtsunsicherheiten für alle Marktbeteiligten führen. Auch dies wäre mit den genannten Richtlinienvorgaben und den Zielsetzungen des Energiebinnenmarkts schwerlich vereinbar. Beispielsweise dürfte eine derart unklare Rechtslage im Übergangszeitraum kaum Investitionsanreize setzen und Unsicherheiten für die unternehmerische Tätigkeit der regulierten Unternehmen und auch der sonstigen Marktteilnehmer auslösen. Für den Übergangszeitraum ist es daher sinnvoll und angebracht, stabile und berechenbare Verhältnisse zu gewährleisten.

2. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der RegKH ist nach § 54 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EnWG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Errichtung der RegKH vom 27.05.2013 gegeben, da es sich bei der Antragstellerin um ein Energieversorgungsunternehmen handelt, an dessen Gasverteilnetz weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und das nicht über das Gebiet des Landes Hessen hinausreicht.

3. Ermächtigungsgrundlage

Die beantragte Anpassung bedarf nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 34a ARegV der Festlegung durch die Regulierungsbehörde. Die Anpassung ist unter den Voraussetzungen § 34a ARegV zu genehmigen.

4. Anspruch auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen

Voraussetzung für einen Anspruch der Antragstellerin auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 34a ARegV ist die inhaltlich bestimmte,

form- und fristgerechte Antragstellung. Die RegKH hat das Vorliegen der Antragsvoraussetzungen gemäß § 34a Abs. 2 ARegV geprüft.

4.1 Frist- und formgerechte Antragstellung

Der vorliegende Antrag wurde frist- und formgerecht gestellt.

4.1.1 Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind Verteilnetzbetreiber. Ohne Bedeutung ist, ob die Erlösobergrenze des Verteilnetzbetreibers im Regelverfahren oder im vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV festgelegt wurde.

Die Antragstellerin ist Verteilnetzbetreiber und somit nach § 34a ARegV antragsberechtigt.

4.1.2 Antragszeitpunkt

Der Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 34a ARegV kann durch Gasverteilnetzbetreiber bis zum 30. Juni 2022 gestellt werden. Die Antragstellerin hat den Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode fristgerecht gestellt.

4.1.3 Antragsform

Der Antrag wurde von der Antragstellerin formgerecht bei der RegKH eingereicht. Dem Antrag wurden die für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen beigelegt. Als Bestandteil des Antrages wurde ein ausgefüllter Erhebungsbogen in Form einer xlsx-Datei übermittelt. Der von der Bundesnetzagentur erstellte Erhebungsbogen wird von der RegKH gemäß Rundschreiben 01/2022 mit Stand 01.06.2022 in ihrem Zuständigkeitsbereich angewendet.

4.1.4 Antragszeitraum

Die Antragstellerin hat einen Antrag auf Anpassung der festzulegenden kalenderjährlichen Erlösobergrenze ab dem 01.01.2023 für die vierte Regulierungsperiode Gas (2023-2027) gestellt.

4.1.5 Antragsgegenstand

Verteilnetzbetreiber können gemäß § 34a ARegV eine Anpassung der Erlösobergrenze bei Nachweis einer besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostenabgleich beantragen.

4.2 Materielle Voraussetzungen

Materiell setzt die Genehmigung eines Antrags auf Anpassung der Erlösobergrenze nach § 34a ARegV den Nachweis einer besonderen Härte durch den Übergang auf den Kapitalkostanabschlag voraus. Die Antragstellerin hat in ihrem Antrag eine besondere Härte nach den Vorgaben des § 34a ARegV gemäß Anlage 1 belegt.

4.2.1 Anspruch auf Anpassung

Sind die Investitionen eines Netzbetreibers im Zeitraum 2009 bis 2016 in einem Betrachtungsjahr größer als 4 % des Bruttosachanlagevermögens zu Tagesneuwerten nach § 6a GasNEV des gleichen Kalenderjahres besteht ein Anspruch auf Anpassung der Erlösobergrenze.

Investitionen und Sachanlagen, die im Rahmen der Biogasumlage berücksichtigt werden, sind nicht einzubeziehen.

4.2.2 Berücksichtigungsfähige Investitionen

Im Rahmen des Antrages nach § 34a ARegV können nur solche Investitionen berücksichtigt werden, die im Betrachtungsjahr zugleich auch im Bruttosachanlagevermögen zu Tagesneuwerten nach § 6a GasNEV Berücksichtigung finden.

Hierzu zählen auch die entsprechenden Investitionen aller Netzbetreiber, deren Netze in späteren Jahren im Wege eines Vollnetzüberganges übernommen worden sind.

Die berücksichtigungsfähigen Investitionen sind in Anlage 1 dargestellt.

4.2.3 Berücksichtigungsfähiges Bruttosachanlagevermögen

Im Bruttosachanlagevermögen zu Tagesneuwerten sind alle Anlagengüter zu berücksichtigen, die bezogen auf den Netzbetrieb der Antragstellerin im jeweiligen Jahr in Betrieb befindlich waren und nach § 6a GasNEV indexiert werden können. Hierzu zählen auch die entsprechenden Sachanlagen aller Netzbetreiber, deren Netze in späteren Jahren im Wege eines Vollnetzübergangs übernommen worden sind.

Umfasst sind auch Anlagengüter, die bereits vollständig abgeschrieben sind. Nicht umfasst jedoch sind Grundstücke, da diese zwar den Sachanlagen zugeordnet werden, aber an sich nicht nach § 6a GasNEV indexiert werden.

Das berücksichtigungsfähige Bruttosachanlagevermögen ist in Anlage 1 dargestellt.

5. Höhe der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze

Die Höhe der Anpassung errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV und dem Kapitalkostenabzug in entsprechender Anwendung des § 34 Absatz 5 ARegV. Diese Differenz reduziert jährlich gemäß § 34a Absatz 3 ARegV in Form eines abschmelzenden Sockels den Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV.

Die Höhe der Anpassung unter Berücksichtigung des Absenkungspfades ist in Anlage 2 dargestellt.

In Anlage 3 werden die Beträge für den Kapitalkostenabzug nach § 6 Absatz 3 ARegV berechnet. Anlage 4 zeigt die Beträge in entsprechender Anwendung des § 34 Absatz 5 ARegV.

III. Entscheidung über die Kosten

Zur Frage der Kostentragung nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Beschluss der RegKH.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden.

Die Beschwerde ist bei der RegKH einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden.

Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Wiesbaden, den 28.02.2023

Stefan Lamberti
Vorsitzender

Claudia Falb
Beisitzerin

Sabine Christel
Beisitzerin

Berechnung der Schwellenwerte

Stadtwerke Hünfeld GmbH

Jahre	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Investition des Jahres	754.370	168.284	331.254	374.848	472.610	784.480	585.912	679.921
Netzbetreiber	754.370	168.284	331.254	374.848	472.610	784.480	585.912	679.921
Verpächter	-	-	-	-	-	-	-	-
Netzveränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Bruttoanlagevermögen zu TNW	12.714.232	12.667.453	14.062.005	14.639.495	15.219.132	16.004.399	16.710.666	17.593.308
Netzbetreiber	12.714.232	12.667.453	14.062.005	14.639.495	15.219.132	16.004.399	16.710.666	17.593.308
Verpächter	-	-	-	-	-	-	-	-
Netzveränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteil	5,93%	1,33%	2,36%	2,56%	3,11%	4,90%	3,51%	3,86%
Ergebnis	Schwelle überschritten	-	-	-	-	Schwelle überschritten	-	-
Prüfsumme AHK Netzbetreiber	10.571.165	10.513.862	11.531.837	11.805.559	12.201.807	12.848.871	13.349.090	14.021.981
Prüfsumme AHK Verpächter	-	-	-	-	-	-	-	-

**Kapitalkostenabzug nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV
i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV**

Netzbetreiber:	Stadtwerke Hünfeld GmbH		
NB-Nr.:	12000688	NG-Nr.:	1
EHB für (Eigenschaft):	Netzbetreiber/Pächter		

	2023	2024	2025	2026	2027	(informativ)
(a) KKAb 4. RegP.	65.653 €	80.044 €	98.615 €	128.827 €	143.719 €	Summe 4. RegP:
(b) KKAb 4. RegP. (mit bedingtem Übergangssockel)	48.386 €	57.157 €	72.876 €	99.347 €	112.254 €	516.859 €
(c) = (a) - (b) Differenz	17.267 €	22.887 €	25.739 €	29.481 €	31.465 €	390.020 €
(d) Reduzierung nach § 34a Abs. 3 ARegV	20%	40%	60%	80%	100%	126.839 €
(e) = (c) x (d) Abzugsbetrag vom KKAb 4. RegP.	13.814 €	13.732 €	10.296 €	5.896 €	0 €	43.738 €
(f) = (a) - (e) KKAb 4. RegP. (mit Übergangssockel (§ 34 Abs. 5) und Abzugsbetrag (§ 34a Abs. 3))	51.840 €	66.312 €	88.319 €	122.931 €	143.719 €	473.121 €

Kapitalkostenabzug nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV - Konsolidierte Werte

	2023	2024	2025	2026	2027		2023	2024	2025	2026	2027	
KKAb							KKAb mit Sockel					
AB(t)	31.349 €	35.960 €	44.907 €	65.880 €	71.852 €		AB(t)	21.107 €	22.199 €	30.319 €	49.526 €	55.498 €
EKZ(t)	30.372 €	39.030 €	47.550 €	55.731 €	63.627 €		EKZ(t)	24.152 €	30.950 €	37.678 €	44.109 €	50.248 €
GewSt(t)	3.933 €	5.054 €	6.158 €	7.217 €	8.240 €		GewSt(t)	3.128 €	4.008 €	4.879 €	5.712 €	6.507 €
FKZ(t)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €		FKZ(t)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	65.653 €	80.044 €	98.615 €	128.827 €	143.719 €			48.386 €	57.157 €	72.876 €	99.347 €	112.254 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV Gas

Gegenüber dem Prüfbericht zur Kostenprüfung 4. RegP. vom 26.09.2022 wurde der Zinssatz in den rot markierten Zellen der Anlage 3 und 4 von 2,02 auf 2,03 angepasst.

		2024			2025		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2024			31.12.2025		
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	176.746		106.048	175.281		105.169
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	280.837		112.335	277.964		111.186
2.C	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 01.01.2006)	187.663		187.663	180.743		180.743
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			406.045			397.098
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2023			31.12.2024		
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)				Mittelwert & Quotiert		
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	112		112
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0		0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Dwert/Ansatz Basisjahr	10.310		10.310
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.652.916	2.476.170	kalk. Berechnung	1.538.726		1.433.118
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)				Mittelwert & Quotiert		
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	75		75
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0		0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Dwert/Ansatz Basisjahr	6.874		6.874
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	4.015.759	3.734.922	kalk. Berechnung	1.550.136		1.438.376
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)				Mittelwert & Quotiert		
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0		0
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Rückichtigung/Ansatz 0	0		0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	65.009	16.628	Dwert/Ansatz Basisjahr	16.628		16.628
1.C.4	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2006)	5.445.914	5.258.251	kalk. Berechnung	5.352.083		5.167.880
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			8.474.943			8.073.371
				82,57%			78,66%
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV)			82,57%	8.607.367		78,66%
1.2	Sachanlagen				8.474.943		8.073.371
1.3	Finanzanlagen			82,57%	0		78,66%
2	Umlaufvermögen			82,57%	132.424		126.149
4	Aktive latente Steuern			82,57%	0		0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			82,57%	0		0
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital) - Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV				1.907.530		1.742.915
7	Erhaltene BKZ einschließlich passivierter Leistungen ... Netzanschlusskosten	1.547.606	1.401.731	BKZ-Tabelle	1.474.668	1.401.731	1.259.396
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			82,57%	0		78,66%
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			82,57%	0		78,66%
10	Rückstellungen			82,57%	124.074		118.195
11	Verbindlichkeiten			82,57%	308.788		294.157
12	Rechnungsabgrenzungsposten			82,57%	0		0
13	Passive latente Steuern			82,57%	0		0
14	Kapitalausgleichsposten			82,57%	0		0
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)				6.699.837		6.456.606
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV				77,84%		78,74%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV			max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV			bezogen auf EK-Quote	63,35%		bezogen auf EK-Quote
	Anteil Altanlagen an SAV			bezogen auf EK-Quote	36,65%		bezogen auf EK-Quote
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)				5,07%		5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen				3,51%		3,51%
	kalk. EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))				2,03%		2,03%
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)				12,95%		12,95%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)						
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)				0,00%		0,00%
	Betriebsnotwendiges Vermögen				8.607.367		8.199.521
	Fremdkapitalzinsaufwand			0,00%	0		0
Berechnung der Eigenkapitalverzinsung							
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)							
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		8.607.367 €			8.199.521 €		
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-1.907.530 €			-1.742.915 €		
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		6.699.837 €			6.456.606 €		
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		77,84%			78,74%		
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%			40,00%		
max. 40,0%; nicht unter 0%							
EK-Verzinsung							
anzusetzender Zinssatz		63,35%			64,22%		
Anteil Neuanlagen an SAV		36,65%			35,78%		
Eigenkapital <= 40%		3.442.947 €			3.279.808 €		
davon Neuanlagen		110.579 €			106.785 €		
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		44.293 €			41.193 €		
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		66.115 €			64.489 €		
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		220.987 €			212.467 €		
Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		12,95%			12,95%		
		28.618 €			27.514 €		
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug							
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)							
		2015	2024	KKAb(2024)	2015	2025	KKAb(2025)
AB		442.005 €	406.045 €	35.960 €	442.005 €	397.098 €	44.907 €
EKZ		260.017 €	220.987 €	39.030 €	260.017 €	212.467 €	47.550 €
GesSt		33.672 €	28.618 €	5.054 €	33.672 €	27.514 €	6.158 €
FKZ		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr							
KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)							
		735.694 €	655.650 €	80.044 €	735.694 €	637.079 €	98.615 €
			-80.044 €	14.391 €		-98.615 €	18.570 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV Gas

Gegenüber dem Prüfbericht zur Kostenprüfung 4. RegP. vom 26.09.2022 wurde der Zinssatz in den rot markierten Zellen der Anlage 3 und 4 von 2,02 auf 2,03 angepasst.

		2026			2027		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2026		Quotiert	31.12.2027		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	163.629	kalk. Berechnung	98.177	160.395	kalk. Berechnung	96.237
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	256.268	kalk. Berechnung	102.507	250.042	kalk. Berechnung	100.017
2.C	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 01.01.2006)	175.441	kalk. Berechnung	175.441	173.900	kalk. Berechnung	173.900
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			376.125			370.153
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2025	31.12.2026	Mittelwert & Quotiert	31.12.2026	31.12.2027	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)			1.341.867			1.244.660
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	cksichtigung/Ansatz 0	0	0	cksichtigung/Ansatz 0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	hwert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	hwert/Ansatz Basisjahr
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.300.889	2.137.260	kalk. Berechnung	2.137.260	1.976.866	kalk. Berechnung
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)			1.338.478			1.237.215
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	cksichtigung/Ansatz 0	0	0	cksichtigung/Ansatz 0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	hwert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	hwert/Ansatz Basisjahr
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	3.456.958	3.200.689	kalk. Berechnung	3.200.689	2.950.647	kalk. Berechnung
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			5.006.415			4.831.745
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	cksichtigung/Ansatz 0	0	0	cksichtigung/Ansatz 0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	16.009	16.628	hwert/Ansatz Basisjahr	16.009	16.628	hwert/Ansatz Basisjahr
1.C.4	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2006)	5.077.508	4.902.067	kalk. Berechnung	4.902.067	4.728.168	kalk. Berechnung
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			7.686.760			7.313.620
				74,89%			71,26%

Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV)		74,89%	7.806.868		71,26%	7.427.898
1.2	Sachanlagen			7.686.760			7.313.620
1.3	Finanzanlagen		74,89%	0		71,26%	0
2	Umlaufvermögen		74,89%	120.108		71,26%	114.278
4	Aktive latente Steuern		74,89%	0		71,26%	0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		74,89%	0		71,26%	0

Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital) - Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV			1.583.154			1.428.141
7	Erhaltene BKZ einschließlich passivierter Leistungen ... Netzanschlusskosten	1.259.396	1.121.702	BKZ-Tabelle	1.190.549	1.121.702	987.488
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			74,89%	0	71,26%	0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			74,89%	0	71,26%	0
10	Rückstellungen			74,89%	112.535	71,26%	107.072
11	Verbindlichkeiten			74,89%	280.070	71,26%	266.475
12	Rechnungsabgrenzungsposten			74,89%	0	71,26%	0
13	Passive latente Steuern			74,89%	0	71,26%	0
14	Kapitalausgleichsposten			74,89%	0	71,26%	0

Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des Betriebsnotwendigen Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)			6.223.714			5.999.757
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			79,72%			80,77%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%		max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote		65,13%	bezogen auf EK-Quote		66,07%
	Anteil Altanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote		34,87%	bezogen auf EK-Quote		33,93%

Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)			5,07%		5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			5,07%		5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen			3,51%		3,51%
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))			2,03%		2,03%

Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)			12,95%		12,95%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)			12,95%		12,95%

Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)			7.806.868		7.427.898
	Betriebsnotwendiges Vermögen			7.806.868		7.427.898
	Fremdkapitalzinsaufwand	0,00%	0	0	0,00%	0

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

	2026	2027
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)		
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV	7.806.868 €	7.427.898 €
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV	-1.583.154 €	-1.428.141 €
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV	6.223.714 €	5.999.757 €
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV	79,72%	80,77%
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV	max. 40,0%; nicht unter 0%	40,00%
EK-Verzinsung		
anzusetzender Zinssatz		
Anteil Neuanlagen an SAV	65,13%	66,07%
Anteil Neuanlagen an SAV	34,87%	33,93%
Eigenkapital <= 40%		
davon Neuanlagen	3,122.747 €	2.971.159 €
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)	5,07% Neuanlagen	1.962.897 €
	3,51% Altanlagen	1.008.262 €
	2,03% Überschießendes EK	3.028.598 €
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")	3.100.967 €	61.481 €
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung	6.223.714 €	204.286 €
	204.286 €	196.389 €

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer	12,95%	26.455 €	12,95%	25.432 €
--	--------	----------	--------	----------

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug	KK(0)	KK(t)	KKAb(t)	KK(0)	KK(t)	KKAb(t)
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)	2015	2026	KKAb(2026)	2015	2027	KKAb(2027)
AB	442.005 €	376.125 €	65.880 €	442.005 €	370.153 €	71.852 €
EKZ	260.017 €	204.286 €	55.731 €	260.017 €	196.389 €	63.627 €
GesSt	33.672 €	26.455 €	7.217 €	33.672 €	25.432 €	8.240 €
FKZ	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
AB + EKZ + GesSt + FKZ	735.694 €	606.867 €	128.827 €	735.694 €	591.975 €	143.719 €
KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)		-128.827 €	30.213 €		-143.719 €	14.892 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV

Netzbetreiber:	Stadtwerke Hünfeld GmbH		
NB-Nr.:	12000688	NG-Nr.:	1
EHB für (Eigenschaft):	Netzbetreiber/Pächter		

2020 (Basisjahr)					2023				
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)								
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	176.848	(FK-Quote)	60,00%	106.109	176.746	kalk. Berechnung	106.048	Quotiert
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	281.094	(EK-Quote)	40,00%	112.438	280.837	kalk. Berechnung	112.335	
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	6.826			6.826	6.676	kalk. Berechnung	6.676	
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	126.644			126.644	116.402	ohne Änderung gegenüber Basisjahr	126.644	
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	89.988			89.988	69.196	kalk. Berechnung	69.196	
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen		AB(0)		442.005			420.899	
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)								
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)				1.973.539			1.655.196	
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	60,00%	112	373	0	ohne Änderung	112
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	60,00%	0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	17.544	17.184	60,00%	10.419	17.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	10.310
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	3.360.104	3.183.256	60,00%	1.963.008	2.829.662	2.652.916	kalk. Berechnung	1.644.773
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)				2.006.650			1.669.419	
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	40,00%	75	373	0	ohne Änderung	75
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	40,00%	0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	17.544	17.184	40,00%	6.946	17.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	6.874
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	5.139.620	4.858.526	40,00%	1.999.629	4.296.595	4.015.759	kalk. Berechnung	1.662.471
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)				6.283.587			5.922.558	
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0		0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	202.219	2.472		102.345	202.219	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	25.009	16.628		20.818	25.009	16.628	Wert/Ansatz Basisjahr	16.628
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	207.111	200.285		203.698	186.932	180.256	kalk. Berechnung	183.594
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	3.611.252	3.484.609		3.547.931	3.242.252	3.125.851	ohne Änderung	3.547.931
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	2.453.790	2.363.801		2.408.796	2.209.004	2.139.808	kalk. Berechnung	2.174.406
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens				10.263.776			9.247.173	90,10%
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens)								
	Betriebsnotwendiges Vermögen gemäß § 7 GasNEV				10.424.151			9.391.663	90,10%
1.2	Sachanlagen				10.263.776			9.247.173	
1.3	Finanzanlagen	0	0		0			0	90,10%
2	Umlaufvermögen	160.375	160.375		160.375			144.490	90,10%
4	Aktive latente Steuern	0	0		0			0	90,10%
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0		0			0	90,10%
								Pos. 4 und 5 nicht	
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital)								
	Abzugskapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV				2.617.082			2.360.537	
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	88.718	63.562		76.140	24.442	12.822	BKZ-Tabelle	18.632
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	1.154.749	1.066.093		1.110.421	888.780	800.123	ohne Änderung	1.110.421
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	930.812	881.774		906.293	783.699	734.661	BKZ-Tabelle	759.180
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0		0			0	90,10%
9	Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0		0			0	90,10%
10	Rückstellungen	197.535	102.990		150.262			135.379	90,10%
11	Verbindlichkeiten	279.885	468.045		373.965			336.925	90,10%
12	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0		0			0	90,10%
13	Passive latente Steuern	0	0		0			0	90,10%
14	Kapitalausgleichsposten	0	0		0			0	90,10%
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung des betriebsnotw. EK-Anteils)								
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV				7.807.069			7.031.126	
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV				74,89%			74,87%	
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		max. 40,0%; nicht unter 0%		40,00%			40,00%	
	Anteil Neuanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote			61,22%	bezogen auf EK-Quote		64,05%	
	Anteil Altanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote			38,78%	bezogen auf EK-Quote		35,95%	
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)								
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen				5,07%			5,07%	
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen				3,51%			3,51%	
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))				2,03%			2,03%	
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)								
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)				12,95%			12,95%	
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)								
	Betriebsnotwendiges Vermögen				10.424.151			9.391.663	
	Fremdkapitalzinsaufwand				0			0	0,00%

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung				
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)				
	Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		10.424.151 €	9.391.663 €
	Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-2.617.082 €	-2.360.537 €
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		7.807.069 €	7.031.126 €
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		74,89%	74,87%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%	40,00%
		max. 40,0%; nicht unter 0%		
EK-Verzinsung				
	anzusetzender Zinssatz		anteilige Verzinsung	
	Anteil Neuanlagen an SAV	61,22%		64,05%
	Anteil Neuanlagen an SAV	38,78%		35,95%
	Eigenkapital <= 40%		4.169.660 €	3.756.665 €
	davon Neuanlagen	5,07%	Neuanlagen 2.552.708 €	2.406.040 €
	davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)	3,51%	Altanlagen 1.616.952 €	1.350.625 €
	Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")	2,03%	Überschießendes EK 3.637.409 €	3.274.461 €
	Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		7.807.069 €	7.031.126 €

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer				
			12,95%	33.672 €
			12,95%	30.544 €

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug				
	KKAb(t) = KK(0) - KK(t)			
	AB(t)	442.005 €	442.005 €	AB
	EKZ(t)	260.017 €	260.017 €	EKZ
	GewSt(t)	33.672 €	33.672 €	GesSt
	FKZ(t)	0 €	0 €	FKZ
	KK(t)	735.694 €	735.694 €	KK

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 2 - Kapitalkosten im Basisjahr				
	KK(0) = AB(0) + EKZ(0) + GewSt(0) + FKZ(0)			

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr				
	KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)			

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas	i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV
------------	---------------------------------------

		2024			2025		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2024		Quotiert	31.12.2025		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	176.746		106,048	175.281		105,169
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	280.837		112,335	277.964		111,186
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	6.676		6,676	6.676		6,676
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	112.883	ohne Änderung ggüber Basisjahr	126,644	112.055	ohne Änderung ggüber Basisjahr	126,644
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	68.104		68,104	62.012		62,012
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			419,806			411,686
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2023	31.12.2024	Mittelwert & Quotiert	31.12.2024	31.12.2025	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)			1.549,148			1.443,540
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.652.916	2.476.170	kalk. Berechnung	2.476.170	2.300.889	kalk. Berechnung
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)			1.557,084			1.445,324
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0	0	0	Bücksichtigung/Ansatz 0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	4.015.759	3.734.922	kalk. Berechnung	3.734.922	3.456.958	kalk. Berechnung
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			5,847,232			5,775,498
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	45.009	16.628	Wert/Ansatz Basisjahr	45.009	16.628	Wert/Ansatz Basisjahr
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	180.256	173.580	kalk. Berechnung	173.580	166.904	kalk. Berechnung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	3.125.851	3.012.967	ohne Änderung	3.012.967	2.900.912	ohne Änderung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	2.139.808	2.071.704	kalk. Berechnung	2.071.704	2.009.692	kalk. Berechnung
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			8,953,464			8,664,362
				87,23%			84,42%

		2024			2025		
Nr. 3	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens gem. § 7 GasNEV)			87,23%			84,42%
1.2	Sachanlagen			8,953,464			8,664,362
1.3	Finanzanlagen			0			0
2	Umlaufvermögen			139,901			135,384
4	Aktive latente Steuern			0			0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			0			0

		2024			2025		
Nr. 4 + 5	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV)			2,286,597			2,216,383
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	12.822	4.641	BKZ-Tabelle	4.641	0	BKZ-Tabelle
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	800.123	711.467	ohne Änderung	711.467	622.810	ohne Änderung
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	734.661	685.624	BKZ-Tabelle	685.624	636.586	BKZ-Tabelle
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse			0			0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil			0			0
10	Rückstellungen			131,079			126,847
11	Verbindlichkeiten			326,223			315,690
12	Rechnungsabgrenzungsposten			0			0
13	Passive latente Steuern			0			0
14	Kapitalausgleichsposten			0			0

		2024			2025		
Nr. 6 + 7	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)			6,806,768			6,583,363
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV			74,85%			74,81%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV			40,00%			40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV			65,31%			66,66%
	Anteil Altanlagen an SAV			34,69%			33,34%

		2024			2025		
Nr. 8	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)			5,07%			5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen			3,51%			3,51%
	kalk. EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))			2,03%			2,03%

		2024			2025		
Nr. 9	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)			12,95%			12,95%
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)			12,95%			12,95%

		2024			2025		
Nr. 10	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)			0,00%			0,00%
	Betriebsnotwendiges Vermögen			9,093,366			8,799,746
	Fremdkapitalzinsaufwand			0			0

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

		2024			2025		
AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)							
Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		9.093.366 €			8.799.746 €		
Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-2.286.597 €			-2.216.383 €		
Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		6.806.768 €			6.583.363 €		
tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		74,85%			74,81%		
Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%			40,00%		
EK-Verzinsung							
anzusetzender Zinssatz							
Anteil Neuanlagen an SAV		65,31%			66,66%		
Anteil Neuanlagen an SAV		34,69%			33,34%		
Eigenkapital <= 40%				3,637,346 €			3,519,898 €
davon Neuanlagen				2.375.439 €			2.346.297 €
davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)				1.261.907 €			1.173.602 €
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")				44,293 €			41,193 €
Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")				3.169.422 €			3.063.465 €
Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung				6,806,768 €			6,583,363 €

		2024			2025		
Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer				12,95%			12,95%
				29.664 €			28.793 €

		2024			2025		
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug							
KKAb(t) = KK(0) - KK(t)							
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 2 - Kapitalkosten im Basisjahr		AB	442.005 €	419.806 €	22.199 €	AB	442.005 €
KK(0) = AB(0) + EKZ(0) + GewSt(0) + FKZ(0)		EKZ	260.017 €	229.067 €	30.950 €	EKZ	260.017 €
		GesSt	33.672 €	29.664 €	4.008 €	GesSt	33.672 €
		FKZ	0 €	0 €	0 €	FKZ	0 €
Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 3 - Kapitalkosten im fortgeführten Jahr		KK	735.694 €	678.537 €	57.157 €	KK	735.694 €
KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)				-57.157 €			-72.876 €
				8.771 €			15.719 €

Berechnung des

Kapitalkostenabzugs nach § 6 Abs. 3 und Anlage 2a ARegV

Gas	i.V.m. §§ 34a, 34 Abs. 5 ARegV
------------	---------------------------------------

		2026			2027		
Nr. 1	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 1 (kalkulatorische Abschreibungen)	31.12.2026		Quotiert	31.12.2027		Quotiert
2.A	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	163.629		98.177	160.395		96.237
2.B	kalk. Abschreibungen (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	256.268		102.507	250.042		100.017
2.C.a	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2006)	6.676		6.676	6.676		6.676
2.C.b	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen 2007-2016)	110.290	ohne Änderung ggüber Basisjahr	126.644	110.290	ohne Änderung ggüber Basisjahr	126.644
2.C.c	kalk. Abschreibungen (Neuanlagen ab 2017)	58.474		58.474	56.933		56.933
2	Summe kalkulatorische Abschreibungen			392.479			386.507
Nr. 2	zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 2 (kalkulatorische Restwerte des SAV)	31.12.2025	31.12.2026	Mittelwert & Quotiert	31.12.2026	31.12.2027	Mittelwert & Quotiert
1.A.	Sachanlagen (Altanlagen zu AKHK, bis 31.12.2005)			1.341.867			1.244.660
1.A.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.A.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
1.A.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr
1.A.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu AKHK bis 31.12.2005)	2.300.889	2.137.260	kalk. Berechnung	2.137.260	1.976.866	kalk. Berechnung
1.B.	Sachanlagen (Altanlagen zu TNW, bis 31.12.2005)			1.338.478			1.237.215
1.B.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	373	0	ohne Änderung	373	0	ohne Änderung
1.B.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
1.B.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr	47.544	17.184	Wert/Ansatz Basisjahr
1.B.4	kalk. Restwerte (Altanlagen zu TNW bis 31.12.2005)	3.456.958	3.200.689	kalk. Berechnung	3.200.689	2.950.647	kalk. Berechnung
1.C.	Sachanlagen (Neuanlagen, ab 01.01.2006)			5.708.578			5.644.199
1.C.1	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0	ohne Änderung	0	0	ohne Änderung
1.C.2	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0	0	keine Berücksichtigung/Ansatz 0	0
1.C.3	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, ...	45.009	16.628	Wert/Ansatz Basisjahr	45.009	16.628	Wert/Ansatz Basisjahr
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2006 - 31.12.2006)	166.904	160.228	kalk. Berechnung	160.228	153.552	kalk. Berechnung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen 01.01.2007 - 31.12.2016)	2.900.912	2.790.622	ohne Änderung	2.790.622	2.680.332	ohne Änderung
1.C.4.	kalk. Restwerte (Neuanlagen ab 01.01.2017)	2.009.692	1.951.217	kalk. Berechnung	1.951.217	1.894.284	kalk. Berechnung
1.2	Summe kalkulatorische Restwerte des Sachanlagevermögens			8.388.923			8.126.074
				81,73%			79,17%

Nr. 3 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 3 (Bilanzwerte des übrigen betriebsnotwendigen Vermögens gemäß § 7 GasNEV)		2026		2027	
1.2	Sachanlagen		8.388.923		8.126.074
1.3	Finanzanlagen		0		0
2	Umlaufvermögen		131.080		126.973
4	Aktive latente Steuern		0		0
5	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		0		0
			8.520.003		8.253.047
			81,73%		79,17%

Nr. 4 + 5 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 4 (Abzugskapital) - Nr. 5 (verzinsliches Fremdkapital) gem. § 6 GasNEV / gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		2026		2027	
7a	Erhaltene BKZ ... (2006)	0	0	0	0
7b	Erhaltene BKZ ... (2007-2016)	622.810	534.153	ohne Änderung	534.153
7c	Erhaltene BKZ ... (ab 2017)	636.586	587.548		587.548
8	Sonderposten für Investitionszuschüsse		0		0
9	Sonderposten mit Rücklageanteil		0		0
10	Rückstellungen		122.814		118.966
11	Verbindlichkeiten		305.654		296.077
12	Rechnungsabgrenzungsposten		0		0
13	Passive latente Steuern		0		0
14	Kapitalausgleichsposten		0		0
			2.150.957		2.088.494

Nr. 6 + 7 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 6 (betriebsnotw. EK-Anteil) - Nr. 7 (Aufteilung betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV)		2026		2027	
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		74,75%		74,69%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%		40,00%
	Anteil Neuanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote	68,05%	bezogen auf EK-Quote	69,46%
	Anteil Altanlagen an SAV	bezogen auf EK-Quote	31,95%	bezogen auf EK-Quote	30,54%
			6.369.047		6.164.553

Nr. 8 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 8 (kalkulatorische EK-Verzinsung)		2026		2027	
	kalk. EK-Verzinsung auf Neuanlagen		5,07%		5,07%
	kalk. EK-Verzinsung auf Altanlagen		3,51%		3,51%
	kalk EK-Verzinsung für Altanlagen (EK-Quote > 40% ("Überschießendes EK"))		2,03%		2,03%

Nr. 9 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 9 (kalkulatorische Gewerbesteuer)		2026		2027	
	kalkulatorische Gewerbesteuer (Faktor auf EK-Verzinsung)		12,95%		12,95%

Nr. 10 zu Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - (4) Nr. 10 (Fremdkapitalzinsaufwand)		2026		2027	
	Betriebsnotwendiges Vermögen		8.520.003		8.253.047
	Fremdkapitalzinsaufwand		0		0

Berechnung der Eigenkapitalverzinsung

AK/HK nach Quote (Historisch / Tagesneuwerte)		2026		2027	
	Betriebsnotwendiges Vermögen gem. § 7 GasNEV		8.520.003 €		8.253.047 €
	Abzugskapital gem. § 7 Abs. 2 GasNEV		-2.150.957 €		-2.088.494 €
	Betriebsnotwendiges Eigenkapital gem. § 7 GasNEV		6.369.047 €		6.164.553 €
	tatsächliche Eigenkapitalquote § 7 GasNEV		74,75%		74,69%
	Eigenkapitalquote gem. § 7 GasNEV		40,00%		40,00%
	EK-Verzinsung				
	anzusetzender Zinssatz				
	Anteil Neuanlagen an SAV	68,05%		69,46%	
	Anteil Neuanlagen an SAV	31,95%		30,54%	
	Eigenkapital <= 40%		3.408.001 €		3.301.219 €
	davon Neuanlagen		2.319.111 €		2.292.057 €
	davon übriges Eigenkapital (Altanlagen)		1.088.890 €		1.008.262 €
	Eigenkapital > 40% ("Überschießendes Eigenkapital")		2.961.045 €		2.863.334 €
	Überschießendes EK		2.961.045 €		2.863.334 €
	Prüfsumme betriebsnotwendiges Eigenkapital / Summe EK-Verzinsung		6.369.047 €		6.164.553 €

Berechnung kalkulatorische Gewerbesteuer		2026		2027	
			12,95%		12,95%
			27.960 €		27.165 €

Anlage 2a (zu § 6 ARegV) - Abs. 1 - Kapitalkostenabzug		2015		2026		2027	
	KK(0)						
	KK(t)						
	KKAb(t)						
	KKAb(t) = KK(0) - KK(t)						
	AB	442.005 €	392.479 €	49.526 €	442.005 €	386.507 €	55.498 €
	EKZ	260.017 €	215.908 €	44.109 €	260.017 €	209.769 €	50.248 €
	GesSt	33.672 €	27.960 €	5.712 €	33.672 €	27.165 €	6.507 €
	FKZ	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	KK	735.694 €	636.347 €	99.347 €	735.694 €	623.440 €	112.254 €
	KK(t) = AB(t) + EKZ(t) + GewSt(t) + FKZ(t)		-99.347 €	26.471 €		-112.254 €	12.907 €